



## Resolution der Migrantensession von 9. November 2019

Die Teilnehmenden der Migrantensession, die am 9. November 2019 im Basler Rathaus stattgefunden hat, haben über die von den Arbeitsgruppen vorbereiteten politischen Forderungen diskutiert und darüber abgestimmt.

Wir wünschen:

### Die Verpflichtung der Versicherungsunternehmen zur Transparenz in der Prämienberechnung

- Die Versicherungsunternehmen in der Schweiz sollten dazu verpflichtet werden, die statistischen Grundlagen und die versicherungsmathematischen Grundsätze offenzulegen, aufgrund welcher die unterschiedlichen Prämien berechnet werden.
- Die Versicherungsprämien dürften die Höhe der Prämien nicht mehr basierend auf der Nationalität der Versicherten festlegen, wie zum Beispiel aktuell bei den Autoversicherungsprämien der Fall ist.
- Zudem soll geprüft werden ob es nicht mildere Mittel gäbe um die von den Versicherungsunternehmen verfolgten Ziele zu erreichen, z.B. eine signifikante Erhöhung der Prämien nach jedem Verkehrsregelverstoss auf individueller Ebene und nicht verbunden mit der Nationalität der betroffenen Person.

### Die Schaffung einer kantonalen Strategie „Gesundheit und Migration“

- Der Kanton Basel-Stadt soll prüfen, ob die Formulierung einer übergeordneten Strategie «Gesundheit und Migration» möglich wäre, welche zum Beispiel durch eine projektunabhängige Koordination zwischen den Verwaltungsstellen und privaten Institutionen innerhalb des Kantons umgesetzt werden könnte.
- Die niederschweligen psychosozialen Angebote im Kanton Basel-Stadt sollten ausgebaut werden.
- Die kantonalen statistischen Datenerhebungen sollten stärker auf das Thema «Gesundheit und Migration» fokussieren, gemäss Anleitung «Schlüsselmerkmale zur Erfassung des Migrationshintergrundes in der Schweizerischen Gesundheitsdatenerhebung» des Bundesamts für Gesundheit BAG.
- Das interkulturelle Dolmetschen soll im Rahmen der gesundheitlichen Grundversorgung gestärkt werden, im Sinne der Frühintervention und Bekämpfung von Chronifizierung und Invalidisierung.
- Die Finanzierung von professionellen Dolmetscherdiensten in Spitälern sowie im ambulanten Bereich soll sichergestellt werden.

### Die Erweiterung der politischen Instrumente im Kanton Basel-Stadt

- Der Kanton Basel-Stadt soll am Beispiel der Riehenener Gemeinde die Volksanregung als verbindlichere Form der politischen Partizipation der Bevölkerung einführen.
- Der Kanton Basel-Stadt soll die Umsetzung des Pilotprojekts “Alle an einem Tisch” im Raum Basel-West mitfinanzieren, um die politische Partizipation der Bevölkerung in den betroffenen Quartieren zu fördern.

### Eine gelebte Willkommenskultur im Kanton Basel-Stadt

- Der Kanton Basel-Stadt soll prüfen, ob Gutscheine für Deutsch- und Schweizerdeutsch-kurse künftig auch fremdsprachigen Schweizer/-innen offeriert werden könnten.
- Beratungs- und Unterstützungsangebote für männliche Geflüchtete und Migranten sollen gestärkt werden, zum Beispiel in Koordination mit dem Männerbüro Basel.

Weitere Informationen und Argumente zu den einzelnen Forderungen werden der Resolution beigelegt.

Basel, 9. November 2019, die aktiven Teilnehmenden der Basler Migrantensession 2019,